

Volksstaat Bayern

Administrative Regierung
in der Funktion des persistent objector - ius cogens

www.volksstaat-bayern.info
www.Staatenbund-DeutschesReich.info

An die Bediensteten der Bundesrepublik Deutschland mit den Länderverwaltungen Freistaat Bayern, Rheinland-Pfalz und Saarland zur Beachtung und Verteilung.

Ihre Dienstbefugnisse sind auf Reichsbürger, Selbstverwalter und Deutsche i. S. d. GG Art. 116 (1) beschränkt. Aus dem **Völkervertragsrecht** leitet sich das Verbot der Ausübung Ihrer Herrschaftsgewalt auf die sich nach Abstammung, Geburt und Wohnort gemäß RuStAG vom 22. Juli 1913 beurkundeten Staatsangehörigen des sich in Reorganisation und Restitution (**status quo ante**) befindenden Bundesstaates des Deutschen Reichs/Deutschlands, des **Volksstaates Bayern**, ab, welche im Sinne der VN-Charta 73 als indigene, autochthone Minderheit zu behandeln sind!

- Internationale Protestnote/letter of protest
Das Land – der Grund und Boden – gehört dem autochthonen, indigenen Volk der Bayern vom 3. Oktober 2019
- Übertragungsprotokolle – restitutive Besatzermächte Deutschlands (rBMD)

Wir wünschen uns Frieden für alle Völker dieser Erde auf dem Fundament der Wahrheit und des Völkervertragsrechts.

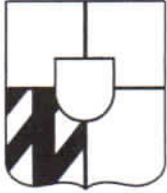
-ius cogens-

Mehr Informationen unter www.volksstaat-bayern.info, www.freistaat-preussen.world und www.Staatenbund-DeutschesReich.info

Volksstaat Bayern
- Poststelle -

Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und bedarf keiner Unterschrift

Mit der Verkündung der Aufhebung der besatzungsmäßigen Ordnung am 27. April 2018 gilt auf dem Staatsgebiet des Staates Volksstaat Bayern der letzte völkerrechtskonforme Verfassungsstand des Volksstaates Bayern vom 14. August 1919, historisch bedingt im Rechtsstand vom 12. August 1919, zwei Tage vor Beginn der völkerrechtswidrigen „Verreichlichung“ durch die Weimarer Reichsverfassung und der späteren Einverleibung in das 3. Reich/BRD.



Volksstaat Bayern

Administrative Regierung
in der Funktion des persistent objector - ius cogens -

www.volksstaat-bayern.info
www.Staatenbund-DeutschesReich.info

an
die alliierten Besatzungsmächte des 2. Weltkrieges
die internationale Staatengemeinschaft

Internationale Protestnote / letter of protest

Das Land - der Grund und Boden –
gehört dem autochthonen, indigenen Volk der Bayern

Sehr geehrte Exzellenzen,

der, den alliierten Besatzungsmächten des 2. Weltkrieges übermittelte Schriftsatz des Staates Freistaat Preußen vom 12. September 2019 mit Bezugnahme auf einen Bericht des RBB-BRANDENBURG AKTUELL vom 11. September 2019 um 19.30 Uhr, ist Bestandteil dieser internationalen Protestnote.

Es ist nun an der Zeit, die durch die herrschende Verwaltung verursachte **humanitäre Katastrophe** auf dem Staatsterritorium des Volksstaates Bayern **zu beenden!** Es ist nun an der Zeit, das andauernde völkerrechtliche Unrecht am Volke der Bayern abzustellen und dem autochthonen, indigenen Volk der Bayern sein Land, seinen Grund und Boden, wieder zurückzugeben, denn

das Land gehört den Bayern!

Die von den Alliierten Besatzungsmächten eingesetzte Bundesrepublik Deutschland (BRD) mit Ihren Länderverwaltungen Freistaat Bayern, Rheinland-Pfalz und Saarland, in Bezug auf Bayern, kann in Bayern allenfalls als ausländische verwaltende Macht im Sinne der VN-Charta Art. 73 gelten.

Nach dem 2. Weltkrieg wurde gemäß Proklamation Nr. 2 – Artikel 1 - Militärregierung Deutschland-Amerikanische Zone vom 19. September 1945 (noch vor Inkrafttreten der Verfassung des „Freistaats Bayern“ vom 8. Dezember 1946), innerhalb der Amerikanischen Besatzungszone u. a. das **Verwaltungsgebiet** Bayern gebildet, **das von jetzt ab als Staat bezeichnet wird**. Ein Verwaltungsgebiet ist jedoch kein souveräner Staat.

Es gibt keine Staatsangehörigkeit „Freistaat Bayern“, welche der „Freistaat Bayern“ vergibt – Das „Bayerisches Volk“, das sich laut Präambel am 2. Dezember 1946 eine Verfassung „*eingedenk seiner mehr als tausendjährigen Geschichte*“ gegeben hat, stand nicht mehr in den Staatsrechten des Volksstaates Bayern, da ihnen ihre Staatsangehörigkeit im 3. Reich aus politischen Gründen völkerrechtswidrig entzogen worden war und zudem die bayerische Bevölkerung in der Pfalz nicht in eine Volksabstimmung einbezogen wurde!

Es gab und gibt keinen völkerrechtlich legitimen Akt, der den Untergang oder die Abdankung des Staates Volksstaat Bayern mit seinen ca. 13.000.000 Staatsangehörigen, seinem indigenen deutschen Volk der Bayern, legitimiert oder historisch belegt!

Volksstaat Bayern Deutsches Reich / Deutschland
Bereich des Innern, Monika Gertrud a.d.F. S e d l m e i r

Daher kann die Bundesrepublik Deutschland mit ihren Länderverwaltungen Freistaat Bayern, Rheinland-Pfalz und Saarland kein Staat sein auf dem Staatshoheitsgebiet des bayerischen Staates, des unauflösbaren Völkerrechtssubjekts Volksstaat Bayern mit seiner nach wie vor gültigen Verfassung vom 14. August 1919. Der Volksstaat Bayern ist völkerrechtskonform legitimer Rechtsnachfolger des Völkerrechtssubjekts Königreich Bayern, Signatar der Genfer Konvention am 30. Juni 1866 und, im Rahmen des Deutschen Reichs von 1871, auch mittelbar Signatar der Haager Landkriegsordnung, denn da,

wo ein Staat ist, kann kein zweiter Staat sein – **das Land gehört den Bayern!**

Diese Erkenntnis durchdringt bereits die BRD, obwohl sie durch die Weltvölkergemeinschaft auf Basis des Gewohnheitsrechts immer noch als ein Völkerrechtssubjekt in Europa anerkannt wird. So findet bereits die völkerrechtliche Fortexistenz der preußischen und der anderen deutschen Staatsangehörigkeiten – und damit auch die des Volksstaates Bayern (!) – in der BRD-Justiz eine Würdigung:

„Keine Feststellung der preußischen Staatsangehörigkeit durch deutsche Behörde

Die 9. Kammer hat heute, am 20. September 2019, die Klage eines Rechtsanwalts abgewiesen, der durch den Kreis Heinsberg festgestellt haben wollte, dass er Staatsangehöriger des „Bundesstaates Königreich Preußen“ sei; sollte das nicht möglich sein, wollte er feststellen lassen, dass er deutscher Staatsangehöriger sei, und einen entsprechenden Nachweis ausgestellt haben.

Zur Begründung hat der Vorsitzende Richter ausgeführt:

Der Kläger habe keinen Anspruch auf Feststellung der preußischen Staatsangehörigkeit. Dieser Nachweis könne nicht durch eine bundesdeutsche Behörde – hier den Kreis Heinsberg – erbracht werden. Dies sei vergleichbar mit jeder anderen deutschen Staatsangehörigkeit. (Hervorhebung d. den Verfasser) So könne etwa auch die brasilianische Staatsangehörigkeit nicht durch eine bundesdeutsche Behörde festgestellt werden. Das Staatsangehörigkeitsgesetz bilde nur die Rechtsgrundlage dafür, die deutsche Staatsangehörigkeit festzustellen. (...)“

Auszug: Verwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen, Aktenzeichen: 9 K 1885/18 vom 20. September 2019
http://www.vg-aachen.nrw.de/behoerde/presse/pressemitteilungen/20_190920/index.php

Die beurkundeten Staatsangehörigen des Volksstaates Bayern nehmen als Menschen ihr völkerrechtlich zustehendes Individualrecht auf Schutz nationaler Minderheiten uneingeschränkt wahr. Sie insistieren als Abweichler gegen die Normentstehung der gewohnheitsrechtlich ausgeübten BRD-Herrschaftsgewalt auf dem von der BRD mit der **deutschen Staatsangehörigkeit des 3. Reichs (!)** treuhänderisch verwalteten bayerischen Gebiet. Die bayerischen Staatsangehörigen widersprechen genau dieser Praxis und bisher allgemein gelebten Rechtsüberzeugung der BRD/3. Reich mit ihrem hohen Aufwand einer **persistent objection!**

Hierdurch wird das Prinzip der Bindung an dieses von der BRD durch Praxis und Rechtsüberzeugung gelebte Gewohnheitsrecht in Figur des *persistent objector* gebrochen (entsprechend Knut Ipsen, Völkerrecht, 7. Auflage, S. 537 ff).

Diesem, allein durch Praxis und Rechtsüberzeugung gelebten Gewohnheitsrecht der BRD mit seinen Wurzeln im 3. Reich widersprechen wir, die bayerischen Staatsangehörigen!

In der – in ständiger Übung zum Ausdruck gebrachten – Funktion des **persistent objector** fordern wir die Bundesrepublik Deutschland und ihre Länderverwaltungen Freistaat Bayern, Rheinland-Pfalz und Saarland zur sofortigen Freigabe des durch sie im Gewohnheitsrecht usurpierten bayerischen Staatshoheitsgebietes auf.

Wir, die ca. 13.000.000 Abkömmlinge des indigenen, autochthonen Volkes der Bayern, **verzichten nicht auf unseren Grund und Boden im Gebietsstand 1914** und auf unsere Rechte, die durch die internationalen Abkommen der Haager Landkriegsordnung von 1907 und der internationalen Völkerrechtsverträge geschützt und uns zu gewähren sind!

Das Land, der Grund und Boden gehört den Erben, dem autochthonen, indigenen Volk der Bayern!

Wir fordern unabdingbar – auf der demokratischen und friedlichen Grundlage unserer Verfassung des **Volksstaates Bayern** vom 14. August 1919 – die Wiederherstellung unserer Rechtsstaatlichkeit und die Wiederherstellung des durch fremde Mächte nicht auflösbaren Völkerrechtssubjekts Volksstaat Bayern gemäß völkerrechtlich begründeter **Restitutionspflicht im Status quo ante (bellum)** unter Beachtung der Ausführungsgesetze zur Restitution/Reorganisation des Deutschen Reichs/Deutschland vom 27. November 2016 (**AzRR**).

Den nachgewiesenen Staatsangehörigen des unauflösbaren Völkerrechtssubjekts Volksstaat Bayern nach Geburt, Abstammung und Wohnsitznahme und allen vermuteten Deutschen, die auf Grund Ihrer Abstammung das Recht auf die Staatsangehörigkeit des Staates Volksstaat Bayern besitzen, ist **das Heimkehrerrecht – ius postliminii – auf ihren Grund und Boden** zu gewähren.

Der Volksstaat Bayern, das unauflösbare Völkerrechtssubjekt, möchte als freies, friedliches und neutrales Mitglied in die Weltvölkergemeinschaft zurückkehren.

Die Zukunft gehört den Patrioten. Die Zukunft gehört souveränen und unabhängigen Nationen, die ihre Bürger schützen, ihre Nachbarn respektieren und die Unterschiede ehren, die jedes Land besonders und einzigartig machen.

Wir wünschen uns Frieden für alle Völker dieser Erde auf dem Fundament der Wahrheit und des Völkervertragsrechts.

Anlage

Schriftsatz des Freistaats Preußen: Die Linke-wem gehört das Land, vom 12. September 2019, veröffentlicht unter:

<https://freistaat-preussen.world/bekanntmachungen/beschluesse/2019>

Die Veröffentlichung erfolgt auf der Weltnetzseite unter: <https://volksstaat-bayern.info>.

Hauptstadt München, am 3. Oktober 2019

BdI 03-10-2019/026

Hochachtungsvoll



Monika a.d.F. Sedlmeir



Freistaat Preußen
Administrative Regierung und
Rechteinhaber des Präsidiums des Deutschen Reichs / Deutschland
in der Funktion des persistent objector
- ius cogens -

Freistaat Preußen/Auswärtiges Amt
Crinitzer Str. 19 C
D-[15926] Fürstlich Drehna

An

Frau Anja Mayer,
Landesvorsitzenden DIE LINKE Land Brandenburg
per Fax 0331 20009-10

alle Bediensteten der Bundesrepublik Deutschland,

anbei die Antwort vom 12. September 2019 auf die Grundsatzfrage von Frau Mayer „Wem gehört das Land?“ zur Beachtung, Verteilung und Beschränkung ihrer Dienstbefugnisse auf Reichsbürger, Selbstverwalter und Deutsche i.S.d. GG Art. 116 (1) sowie Verbot der Ausübung ihrer Herrschaftsgewalt auf sich nach Abstammung, Geburt und Wohnort gemäß RuStAG vom 22. Juli 1913 beurkundeten Staatsangehörigen der sich in völkerrechtlich erlaubter Reorganisation und Restitution (**status quo ante**) befindenden Bundesstaaten des Deutschen Reichs / Deutschland, welche im Sinne der VN-Charta 73 als indigene, autochthone Minderheit zu behandeln sind!

Wir wünschen uns Frieden für alle Völker dieser Erde auf dem Fundament der Wahrheit und des Völkervertragsrechts.

- ius cogens-

Mehr Informationen unter **www.freistaat-preussen.world** und **www.Staatenbund-DeutschesReich.info**

Freistaat Preußen
- Poststelle -

Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt, bedarf keiner Unterschrift und ist nach dem Koblenzer Preußenschlag am 16. Oktober 2018, verübt von einer BRD-Terrormiliz, wegen des Diebstahls der Siegel ohne Stempel des Poststellenbeauftragten gültig.



Freistaat Preußen

Administrative Regierung
Rechteinhaber des Präsidiums des
Deutschen Reichs/Deutschland
in der Funktion des persistent objector
- ius cogens -

an

DIE LINKE. Brandenburg
14469 Potsdam
Alleestraße 3
Frau Anja Mayer, Landesvorsitzende
Fax: 0331 20009-10

zur Kenntnis:

alliierte Mächte des Zweiten Weltkriegs
alle Verwaltungseinrichtungen der Bundesrepublik Deutschland,

Zitat von Anja Mayer:

*„[...] das sind die Fragen – Wohnen. Das ist die Frage:
wem gehört das Land, wem gehört sozusagen der Boden, auf dem wir leben
[...]?“*

Quelle: RBB-BRANDENBURG AKTUELL; 11. September 2019; 19:30Uhr
https://www.rbb-online.de/brandenburgaktuell/archiv/20190911_1930.html

Grundsatzfrage: Wem gehört das Land?

Werte Frau Mayer,

vielen Dank für Ihre Grundsatzfrage:

[...] wem gehört das Land, wem gehört sozusagen der Boden, auf dem wir leben [...],
denn es ist

- nach über **87 Jahren** gewaltsamer Einverleibung Preußens in die Weimarer Republik und in der Folge in das Dritte Reich, (Preußenschlag am 20. Juli 1932)
- nach über **74 Jahren** Kapitulation der Wehrmacht des Dritten Reichs am 08. Mai 1945 und
- nach über **72 Jahren** Verbot Preußens durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 25. Februar 1947

an der Zeit, das mehrfach verübte völkerrechtliche Unrecht am Volke der Preußen zu beenden und dem autochthonen, indigenen Volk der Preußen sein Land, seinen Grund und Boden zurückzugeben, denn

das Land gehört den Preußen!

Der Bundestagspräsident Dr. Hermann Ehlers, der vielen als der gegebene dereinstige Nachfolger Adenauers galt, sprach darüber im Sinne des Freistaats Preußen am 18. Januar 1953 in Berlin vor den Vereinen deutscher Studenten:

„Wie die Geschichte auch laufen mag, wir werden auch das preußische Selbstbestimmungsrecht so ernst zu nehmen haben, dass den Menschen des

Landes, das einst Preußen war, insbesondere im deutschen Osten die Entscheidung darüber ausschließlich vorbehalten bleiben muss, in welcher staatlichen Form sie leben wollen. Niemand kann ihnen diese Entscheidung abnehmen, keiner darf sie ihnen, aus welchen Gründen auch immer vorwegnehmen. Die einzigen legitimen Richter über das preußische Land um Magdeburg und in der Mark, in Pommern, Schlesien und Preußen sind die Menschen, die ein Recht auf diese Heimat haben.“

Der Freistaat Preußen mit seiner nach wie vor gültigen Verfassung vom 30. November 1920 ist völkerrechtskonform der Rechtsnachfolger des Königreichs Preußen.

Weder die völkerrechtswidrige gewaltsame Einverleibung Preußens am 20. Juli 1932 in die Weimarer Republik (Preußenschlag) und in der Folge in das völkerrechtswidrige Dritte Reich, noch durch die Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai 1945, noch durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 25. Februar 1947 der alliierten Besatzungsmächte über die Auflösung Preußens für die begrenzte Zeit der Besatzung, führte zur endgültigen völkerrechtlich begründeten Auflösung Preußens.

Die Handlungsfähigkeit des Freistaats Preußen ist daher gem. § 185 Völkerrecht Restitutionspflicht i.V.m. VN-Charta 73, i.V.m. HLKO mit Beendigung der Besatzung wieder herzustellen, denn die Nachkriegsordnung wurde am 27. April 2018 durch die Bundeskanzlerin Frau Merkel auf der internationalen Pressekonferenz im Weißen Haus, Washington D.C., im Beisein des US-Präsidenten Herrn Trump für beendet erklärt.

Das preußische Volk hat sich nicht in freier Selbstbestimmung und von innen heraus entschlossen, den Freistaat Preußen aufzulösen, um sich in kleine so genannte „Nachfolgestaaten der Bundesrepublik Deutschland“ zu zerstückeln.

Die von der Bundesrepublik Deutschland zur Strukturierung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes der westalliierten Mächte des Zweiten Weltkriegs geschaffenen Länder (z.B. das Land Brandenburg, das Land Nordrhein-Westfalen, das Land Sachsen-Anhalt, das Land Rheinland-Pfalz, das Land Mecklenburg-Vorpommern, das Land Niedersachsen oder das Land Schleswig-Holstein, etc. pp.), stehen unter der Herrschaftsgewalt der Bundesrepublik Deutschland und unter der Anwendung des Besatzungsgesetzes „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“.

Nach dem Waffenstillstand 1945 versäumten die alliierten Mächte des Zweiten Weltkriegs nicht nur die Restitution und Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des von der Weltvölkergemeinschaft anerkannten Völkerrechtssubjekts Freistaat Preußen, sondern lösten selbst aktiv Preußen durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 25. Februar 1947 für die Zeit der Besatzung auf, unter Mißachtung der Haager Abkommen betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges vom 18. Oktober 1907.

Zum Zeitpunkt der militärischen Besetzung des Hoheitsgebiets des Freistaats Preußen und der Bundesstaaten des Deutschen Reichs/Deutschland durch die alliierten Besatzungsmächte des Zweiten Weltkriegs wurde der Freistaat Preußen nicht aufgehoben, sondern nur handlungsunfähig gestellt.

Lediglich durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46 der alliierten Besatzungsmächte in Artikel 1 wurden der „Staat Preußen“, seine Regierung und nachgeordneten Behörden aufgelöst und in Artikel 2 angeordnet, dass die Teile Preußens, die „der Oberhoheit des Kontrollrats unterstehen“, die Rechtsstellung von Ländern erhalten oder Ländern hinzugefügt werden sollen. Diesen Ländern sollen gemäß Artikel 3 Funktionen, Vermögen und Verbindlichkeiten Preußens übertragen werden, vorbehaltlich von der Alliierten Kontrollbehörde getroffener Abkommen.

Die Verfassung des Freistaats Preußen vom 30. November 1920 wurde nie aufgehoben und ist bis heute auf dem Staatshoheitsgebiet des Freistaats Preußen gültig.

Die Bundesrepublik Deutschland (BRD) kann hier allenfalls als verwaltende Macht im Sinne der VN-Charta 73 gelten.

„Die verwaltende Macht übernimmt gem. Art. 73 b) der VN- Charta die Vorbereitung der Unabhängigkeit des betreffenden Hoheitsgebietes. [...]“

Die Stellung als Hoheitsgebiet ohne Selbstverwaltung hat gemäß Art. 73 VN-Charta zur Folge, daß das Mitglied der VN, welches die Verantwortung für die Verwaltung eines Hoheitsgebietes hat oder übernimmt (administering authority), sich zu dem Grundsatz bekennt, **daß die Interessen der Einwohner dieses Hoheitsgebiets ohne Selbstverwaltung Vorrang haben.** Aus der Einstufung eines Gebietes als Hoheitsgebiet ohne Selbstverwaltung folgen Pflichten für das Land, das dort die verwaltende Macht innehat. Beispielsweise übernehmen gemäß Art. 73 VN-Charta diejenigen Mitglieder der VN, die die verwaltende Macht über ein Hoheitsgebiet ohne Selbstregierung ausüben, die Aufgabe, **die Selbstregierung des jeweiligen Landes zu entwickeln, die politischen Bestrebungen des Volkes gebührend zu berücksichtigen und es bei der fortschreitenden Entwicklung seiner freien politischen Einrichtungen zu unterstützen.“**

(Auswirkungen des völkerrechtlichen Status der Westsahara auf das marokkanische Staatsangehörigkeitsrecht und das Asylverfahren in Deutschland“ WD 2 – 3000 – 063/16)

Der amerikanische Außenminister Herter erklärte am 18. Mai 1959 auf der Genfer Außenministerkonferenz:

"Es ist der Standpunkt der Vereinigten Staaten, daß nach internationalem Recht das als Deutschland bekannte Völkerrechtssubjekt auch weiterhin besteht ... Die Regierung der Vereinigten Staaten ist nicht der Auffassung, und sie wird es auch nicht zulassen, daß Deutschland als Völkerrechtssubjekt für immer in neue separate Staaten aufgeteilt ist... Die Bundesrepublik Deutschland und die sogenannte Deutsche Demokratische Republik stellen nicht – und zwar weder getrennt noch gemeinsam – eine gesamtdeutsche Regierung dar, die ermächtigt wäre, für das als Deutschland bekannte Völkerrechtssubjekt zu handeln und Verpflichtungen einzugehen."

Der britische Außenminister Selwyn Lloyd übernahm die Formulierungen Herters wörtlich.
(Quelle: <https://www.zeit.de/1969/52/ist-die-einheit-noch-zu-retten/komplettansicht>)

Der Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland (Zwei-plus-Vier-Vertrag) vom 12. September 1990 ist ein Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik einerseits sowie Frankreich, der Sowjetunion, Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika andererseits.

Wie bereits von dem britischen und amerikanischen Außenminister offenkundig völkerrechtlich am 18. Mai 1959 vertreten, stellen die Bundesrepublik Deutschland (BRD) und die ehemalige Deutsche Demokratische Republik (DDR) nicht – und zwar weder getrennt noch gemeinsam (!) – eine gesamtdeutsche Regierung dar, die ermächtigt wäre, für das als Deutschland bekannte Völkerrechtssubjekt zu handeln und Verpflichtungen einzugehen.

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag ist lediglich die Einverleibung der Sowjetischen Besatzungszone (ehemalige Deutsche Demokratische Republik) in das Vereinigte Wirtschaftsgebiet der westalliierten Mächte gemäß Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art. 133.

Mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag besiegelten die alliierten Besatzungsmächte des Zweiten Weltkriegs mit ihren bis 1990 bestehenden eingesetzten Verwaltungen die Fortführung der Besatzung auf dem nun Vereinigten (vereinheitlichten) Wirtschaftsgebiet der vier Zonen auf der Grundlage des Besatzungsgesetzes „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“ - **bis heute**

Die Bundesrepublik Deutschland (BRD) ist nicht das Völkerrechtssubjekt Deutschland/Deutsches Reich, sondern seine Besatzungsverwaltung.

Größter Bundesstaat des Deutschen Reichs ist der Freistaat Preußen. Weder der Freistaat Preußen noch seine Staatsangehörigen gehören zum Geltungsbereich des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland (GG)

Das Oberverwaltungsgericht Berlin / Brandenburg stellte im Beschluß OVG 5 M 54,14 Berlin vom 17. Oktober 2014 selbst fest:

„[...] weil es im Geltungsbereich des Grundgesetzes sowie des Staatsangehörigkeitsgesetzes eine preußische Staatsangehörigkeit offensichtlich nicht gibt und eine solche somit von einer deutschen Behörde weder festgestellt noch in einen von ihr ausgestellten Personalausweis eingetragen werden kann.“

Die Staatsangehörigen des Freistaats Preußen sind keine Deutschen im Sinne des GG Art. 116 (1)!

Im Artikel 116 Absatz 2 (GG) ist geregelt:

„Frühere deutsche Staatsangehörige, denen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1954 die Staatsangehörigkeit aus politischen, [...] Gründen entzogen worden ist, und ihre Abkömmlinge sind auf Antrag wieder einzubürgern. Sie gelten als nicht ausgebürgert, sofern sie nach dem 8. Mai 1945 ihren Wohnsitz in Deutschland genommen haben und nicht einen entgegengesetzten Willen zum Ausdruck gebracht haben.“

Da unseren Staatsangehörigen des Freistaats Preußen bzw. ihren Vorfahren durch §1 Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 05. Februar 1934

„§ 1

(1) die Staatsangehörigkeit in den deutschen Ländern fällt fort.

*(2) Es gibt nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit
(Reichsangehörigkeit).“*

die preußische Staatsangehörigkeit nach dem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913 (RuStAG) aus politischen Gründen völkerrechtswidrig entzogen worden ist und sie ihren entgegengesetzten Willen gem. **GG Art. 116 (2)** 2. Halbsatz zum Ausdruck gebracht haben und bringen, sind die Staatsangehörigen des Freistaats Preußen keine Deutschen im Sinne des **GG Art. 116 (1)** und gehören nicht zum Geltungsbereich der Bundesrepublik Deutschland.

Es wird auf den Beschluß des Ersten Senats vom 10. Juli 1958 – BvR 532/56 – verwiesen, in dem festgestellt wurde:

„An die Begründung eines Wohnsitzes in Deutschland nach dem 8. Mai 1945 knüpft Art. 116 Abs.2 Satz 2 die Vermutung, daß der Betroffene auch den Willen hat, deutscher Staatsangehöriger zu sein. Diese gesetzliche Vermutung ist nur widerlegt, wenn ein „entgegengesetzter Wille“ des Betroffenen festgestellt werden kann.[...] Im Rahmen dieser Bestimmungen erhebt sich nicht die Frage, ob der Betroffene ständig den Willen bekundet hat, als deutscher Staatsangehöriger behandelt zu werden, es ist vielmehr umgekehrt zu Fragen, ob der Betroffene einen dem Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit entgegengesetzten Willen zum Ausdruck gebracht hat. Es kann dahingestellt bleiben, ob ein solcher Wille nur festzustellen wäre, wenn er ausdrücklich bekundet worden ist. Soll er aus einem schlüssigen Verhalten gefolgert werden, muß sich der Wille, nicht mehr deutscher Staatsangehöriger zu sein, angesichts der zugunsten der Wiedergutmachungsberechtigten erklärten gesetzlichen Vermutung in diesem Verhalten völlig zweifelsfrei kundtun.“

Die Staatsangehörigen des Freistaats Preußen haben mit ihrer bei den jeweiligen BRD-Meldebehörden abgegebenen Personenstands- und Willenserklärung, durch die Rückgabe der BRD-Ausweisdokumente und durch die Vorlage des Staatsangehörigkeitsausweises des Freistaats Preußen unstrittig ihren entgegengesetzten Willen zum Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit zum Ausdruck gebracht. Sie sind somit keine Deutschen im Sinne des GG Art. 116 (1)!

Die Heimat der BRD- Deutschen im Sinne des GG Art. 116 (1) befindet sich in der Antarktis und ist als Neuschwabenland benannt, denn diese Deutschen der BRD sind als Rechtsnachfolger des Dritten Reichs die Erben dieses vom Dritten Reich völkerrechtskonform abgesteckten Gebietes während einer Expedition in den Jahren 1938/39 und das Land ist etwa doppelt so groß, wie das durch die Besatzung von der BRD verwaltete Gebiet Deutschlands in Mitteleuropa.

Die Staatsangehörigen des Freistaats Preußen sind im Sinne des Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art. 139 entnazifiziert.

Der Freistaat Preußen befindet sich seit dem 19. Oktober 2012 in völkerrechtskonform erlaubter Reorganisation.

Während der Zeit der Reorganisation sind die sich mit dem Staatsangehörigkeitsausweis des Freistaats Preußen ausweisenden Preußen als indigene, autochthone Minderheit zu behandeln, unter Beachtung der Resolution 61/295 Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker vom 13. September 2007.

Sie unterliegen der Gesetzgebung des Freistaats Preußen im Rechtsstand vom 18. Juli 1932, zwei Tage vor der gewaltsamen, feindlichen und völkerrechtswidrigen Einverleibung Preußens in die Weimarer Republik und unmittelbar in das Dritte Reich.

Zur Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit, der Verwaltungs- und Gebietsstrukturen des Freistaats Preußen ist das Urteil des nach wie vor rechtskräftigen Urteils des Staatsgerichtshofes Leipzig vom 25. Oktober 1932 unverzüglich umzusetzen.

R 43 I/2281, Bl. 417

[Die Beziehungen zwischen Preußen und dem Reich nach dem Staatsgerichtshofurteil vom 25. Oktober 1932.]

Am 25.10.1932 hatte der StGH für das Dt. Reich seine Entscheidung in der Hauptsache der verbundenen verfassungsrechtlichen Streitsachen der Länder Preußen, Bayern und Baden, der Zentrums- und SPD-Fraktionen des PrLT und der acht Mitglieder des PrStMin. gegen das Dt. Reich, vertreten durch die RReg., gefällt. Die Klagen richteten sich gegen die auf Art. 48 Abs. 1 und 2 RV gestützte Absetzung der seit dem 19.5.1932 geschäftsführenden PrStReg. unter MinPräs. Braun und deren Ersetzung durch einen RKom. in der VO des RPräs. vom 20.7.1932 betr. die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen (RGBl. I, S. 377). In seiner Entscheidung bezeichnete der StGH die Begründung der RReg. für ihr Vorgehen gegen Preußen als nicht stichhaltig und verneinte die in Art. 48 RV angesprochene Nichterfüllung der dem Land Preußen nach der RV oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten durch die pr. Reg., gleichzeitig räumte er jedoch dem RPräs. und der RReg. die Berechtigung ein, Befugnisse eines Landes, allerdings nur teilweise und vorübergehend, auf Reichsorgane zu übertragen. Unstatthaft sei die Ermächtigung, dem PrStMin. die Vertretung des Landes Preußen im RT, im RR oder sonst gegenüber dem Reich oder gegenüber dem PrLT, dem Staatsrat oder gegenüber anderen Ländern zu entziehen (Materialien zur Klage und zum Urteil in: R 43 I/2283; vgl. auch den Stenogrammbericht der Verhandlungen vor dem StGH u.d.T. „Preußen contra Reich vor dem Staatsgerichtshof“ und Henning Grund: „Preußenschlag“ und Staatsgerichtshof im Jahre 1932).

[http://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-](http://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/10a/vsc/vsc1p/kap1_2/para2_4.html;jsessionid=676868A1F0B5D1B3660DB8273752EDF3?highlight=true&search=Papen&stemming=false&pnd=&start=&end=&field=all)

[1933/10a/vsc/vsc1p/kap1_2/para2_4.html;jsessionid=676868A1F0B5D1B3660DB8273752EDF3?highlight=true&search=Papen&stemming=false&pnd=&start=&end=&field=all](http://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/10a/vsc/vsc1p/kap1_2/para2_4.html;jsessionid=676868A1F0B5D1B3660DB8273752EDF3?highlight=true&search=Papen&stemming=false&pnd=&start=&end=&field=all)

Zu beachten sind die Ausführungsgesetze zur Restitution/Reorganisation des Deutschen Reichs vom 27. November 2016 (AzRR) und die für die BRD rechtsverbindlich ausgelöste Rechtskraft auch für alle sonstigen Niederschriften, Notbeschlüsse, Notverordnungen und Anordnungen der administrativen Regierung des Freistaats Preußen gemäß No.5 des Besatzungsstatuts:

„5. ... alle sonstigen gesetzgeberischen Maßnahmen und Abkommen zwischen dem Bundesstaat und ausländischen Regierungen treten einundzwanzig Tage nach ihrem amtlichen Eingang bei den Besatzungsbehörden in Kraft, sofern diese nicht vorher vorläufig oder endgültig ihre Genehmigung dazu versagt haben.“

(Quelle https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=f7263e3e-2cb8-bc71-8487-6fc7b7e1746b&groupId=252038; Dokument „8. April 1949: Besatzungsstatut, veröffentlicht am 12. Mai 1949 durch die Militärgouverneure und Oberbefehlshaber der drei Westzonen - Deutscher Text: Amtsblatt der Hohen Alliierten Kommission in Deutschland. No. 1. 23. September 1949, 13-15.)

Wir rufen alle auf dem Staatshoheitsgebiet lebenden Deutschen auf, gemäß GG Art. 139 sich zu entnazifizieren, ihre Abstammung gem. Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913 (RuStAG) nachzuweisen und ihre preußische Staatsangehörigkeit im Auswärtigen Amt des Freistaats Preußen zu beantragen, um ihre Rechts am Grund und Boden des unauflösbaren Völkerrechtssubjekts des preußischen Staates Freistaat Preußen in Anspruch nehmen und um endlich das Selbstbestimmungsrecht des preußischen Volkes wieder ausüben zu können.

Das Land gehört den Preußen!

Wer die Reorganisation/Restitution des unauflösbaren Völkerrechtssubjekts, des preußischen Staates Freistaats Preußen weiterhin durch physische oder psychische Gewalt z.B. auch durch Volksverhetzung, Diffamierung als Reichsbürger des Dritten Reichs oder durch weitere Diskriminierungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord, behindert, kann gemäß Völkerstrafgesetzbuch § 6 und § 7 sowie § 5 unverjährbar strafrechtlich verfolgt und bestraft werden.

Solange die preußischen Staatsangehörigen auf ihrem eigenem Grund und Boden in der Minderheit sind, sind ihnen alle Rechte und der besondere Schutz als autochthone, indigene Minderheit vom Land Brandenburg, der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinten Nationen mit ihrer Feindstaatenklausel gegen alle Deutschen im Sinne des GG Art. 116 (1) zu gewähren, denn die Preußen sind keine Deutschen im Sinne des GG Art. 116 (1).

Dieses Land gehört den Preußen!

- ius cogens -

Gegeben zu Berlin, am 12. September 2019

Hochachtungsvoll

Ihr Freistaat Preußen



Fax, Letzte Übertragung

PAGE. 001/001

03.10.2019 00:51

Name : Poststelle

Fax :

Empf.-Nr. 199
 Empfangsdatum und -zeit 03.10.2019 00:34
 Starten /Fertigst. 03.10.2019 00:34 /03.10.2019 00:51
 Ergeb. OK

Empf.-Nr.	Dat.	Zeit	Typ	ID	Dauer	Seite	Ergeb.
199	03.10	00:34	Send	03083051050	01:23	005/005	OK USA
199	03.10	00:37	Send	0892809998	01:11	005/005	OK USA
199	03.10	00:39	Send	0074956060766	01:42	005/005	OK Ru
199	03.10	00:42	Send	0302299397	03:23	005/005	OK Ru
199	03.10	00:46	Send	03020457571	01:14	005/005	OK GB
199	03.10	00:48	Send	030590039067	01:57	005/005	OK F



Rotkreuz Bayern
das nationale Rotes Kreuz
 in der Bundesrepublik Deutschland - das Logo
www.rotkreuzbayern.de
www.internationaler-rotkreuzverband.de

Diplomatische Korrespondenz
19-00-00001/001

Internationaler Protestbrief: Der Brief ist blank und bedeckt - gehört dem adressierten, ungenutzten Volk der Bayern

Legende:

Der Brief ist der Ausdruck der diplomatischen Beziehung des Rotkreuzes zu Bayern, verbunden mit dem Rotkreuz und der deutschen Bevölkerung. Er ist ein Symbol der Solidarität, des Friedens und der Neutralität des Rotkreuzes. Der Brief ist ein Dokument, das die Beziehung zwischen dem Rotkreuz und der deutschen Bevölkerung darstellt. Der Brief ist ein Dokument, das die Beziehung zwischen dem Rotkreuz und der deutschen Bevölkerung darstellt. Der Brief ist ein Dokument, das die Beziehung zwischen dem Rotkreuz und der deutschen Bevölkerung darstellt.

Wir wünschen uns Frieden für alle Völker dieser Erde auf dem Fundament der Freiheit und des gegenseitigen Respekts.

Der Brief ist ein Dokument, das die Beziehung zwischen dem Rotkreuz und der deutschen Bevölkerung darstellt. Der Brief ist ein Dokument, das die Beziehung zwischen dem Rotkreuz und der deutschen Bevölkerung darstellt. Der Brief ist ein Dokument, das die Beziehung zwischen dem Rotkreuz und der deutschen Bevölkerung darstellt.

Verfasser: Rotkreuz Bayern (Rotes Kreuz / Deutschland)
 Herausgeber: Rotkreuz Bayern (Rotes Kreuz / Deutschland)
 Druck: Rotkreuz Bayern (Rotes Kreuz / Deutschland)

03.10.2019 09:00

Fax :

Empf.-Nr.	Dat.	Zeit	Typ	ID	Dauer	Seite	Ergeb.
202	03.10	05:59	Send	003226725598	01:29	004/004	OK
202	03.10	06:01	Send	03088624279	02:14	004/004	OK
202	03.10	06:05	Send	03061624300	01:54	004/004	OK
202	03.10	06:08	Send	03039749712	02:13	004/004	OK
202	03.10	06:11	Send	03026557000	02:13	004/004	OK
202	03.10	06:19	Send	03025795102	00:00	000/004	Keine Ant
202	03.10	06:21	Send	03044737142	01:13	004/004	OK
202	03.10	06:23	Send	03081488222	01:14	004/004	OK
202	03.10	06:30	Send	03024045748	00:00	000/004	Keine Ant
202	03.10	06:37	Send	0692380760152	00:00	000/004	Keine Ant
202	03.10	06:43	Send	03084353534	00:00	000/004	Keine Ant
202	03.10	08:21	Send	089452396956	95:36	004/004	OK
202	03.10	08:37	Send	03022072299	13:23	004/004	OK
202	03.10	08:39	Send	03050504300	01:16	004/004	OK
202	03.10	08:44	Send	03089045222	00:00	000/004	Besetzt
202	03.10	08:45	Send	03089045309	01:09	004/004	OK
202	03.10	08:47	Send	03025440116	01:16	004/004	OK
202	03.10	08:50	Send	03025440120	01:17	004/004	OK
202	03.10	08:57	Send	03085994540	00:00	000/004	Keine Ant
202	03.10	08:59	Send	03021094222	01:06	004/004	OK

[illegible]

PAGE 004/005

03.10.2019 09:00

Fax :

Empf.-Nr.	Dat.	Zeit	Typ	ID	Dauer	Seite	Ergeb.
202	03.10	04:27	Send	030890696206	00:00	000/004	Keine Ant
202	03.10	04:34	Send	0309164553	00:00	000/004	Keine Ant
202	03.10	04:40	Send	03050502050	00:00	000/004	Keine Ant
202	03.10	04:46	Send	003227357237	00:00	000/004	Besetzt
202	03.10	04:52	Send	03025757761	00:00	000/004	Keine Ant
202	03.10	04:58	Send	03026934165	00:00	000/004	Besetzt
202	03.10	04:59	Send	030800969699	01:16	004/004	OK
202	03.10	05:06	Send	03020646629	00:00	000/004	Keine Ant
202	03.10	05:08	Send	03044674621	01:10	004/004	OK
202	03.10	05:11	Send	03025460601	01:14	004/004	OK
202	03.10	05:17	Send	00441715842838	00:00	000/004	Keine Ant
202	03.10	05:20	Send	03050503333	01:59	004/004	OK
202	03.10	05:23	Send	03089733444	02:13	004/004	OK
202	03.10	05:29	Send	0032224126803	00:00	000/004	Besetzt
202	03.10	05:30	Send	03044674063	01:15	004/004	OK
202	03.10	05:37	Send	003222237307	00:00	000/004	Keine Ant
202	03.10	05:39	Send	03048490720	01:57	004/004	OK
202	03.10	05:42	Send	03020626444	01:50	004/004	OK
202	03.10	05:50	Send	03020643659	00:00	000/004	Keine Ant
202	03.10	05:56	Send	030200743333	00:00	000/004	Keine Ant

[illegible]

PAGE. 003/005
03.10.2019 09:00

Fax :

Empf.-Nr.	Dat.	Zeit	Typ	ID	Dauer	Seite	Ergeb.
202	03.10	03:13	Send	03086877788	01:45	004/004	OK
202	03.10	03:16	Send	03039897510	02:58	004/004	OK
202	03.10	03:20	Send	003227323266	01:27	004/004	OK
202	03.10	03:22	Send	03053635923	01:23	004/004	OK
202	03.10	03:25	Send	03020642200	01:17	004/004	OK
202	03.10	03:31	Send	003227326246	02:21	004/004	OK
202	03.10	03:34	Send	030236314740	01:18	004/004	OK
202	03.10	03:41	Send	003227619577	00:00	000/004	Keine Ant
202	03.10	03:43	Send	03026391515	02:03	004/004	OK
202	03.10	03:47	Send	03081471211	01:18	004/004	OK
202	03.10	03:49	Send	030887195012	01:16	004/004	OK
202	03.10	03:51	Send	03072628321	01:11	004/004	OK
202	03.10	03:54	Send	03020607666	01:21	004/004	OK
202	03.10	03:56	Send	0302086838	01:16	004/004	OK
202	03.10	04:03	Send	030901059920	00:00	000/004	Keine Ant
202	03.10	04:10	Send	03023456720	00:00	000/004	Keine Ant
202	03.10	04:12	Send	03020450966	02:13	004/004	OK
202	03.10	04:15	Send	030726203603	01:17	004/004	OK
202	03.10	04:18	Send	03027588221	01:15	004/004	OK
202	03.10	04:20	Send	03026557210	01:49	004/004	OK



PAGE. 002/005
03.10.2019 09:00

Fax :

[illegible]

03.10.2019 09:00

Fax :

Empf.-Nr.	202			
Empfangsdatum und -zeit	03.10.2019	01:29		
Starten /Fertigst.	03.10.2019	01:29	/03.10.2019	09:00
Ergeb.	Fehl.			
Ein Komm.-Fehler ist während der Faxtransaktion aufgetreten.				
Beim Senden den Vorgang wiederholen und/oder anrufen, ob				
Empfangsfaxgerät zum Faxempfang bereit ist.				

Empf.-Nr.	Dat.	Zeit	Typ	ID	Dauer	Seite	Ergeb.
202	03.10	01:29	Send	0074956060766	01:38	004/004	OK
202	03.10	01:32	Send	0302299397	02:52	004/004	OK
202	03.10	01:36	Send	03083051050	01:18	004/004	OK
202	03.10	01:38	Send	0892809998	01:05	004/004	OK
202	03.10	01:40	Send	03020457571	01:09	004/004	OK
202	03.10	01:42	Send	030590039067	01:47	004/004	OK
202	03.10	01:45	Send	030590039110	01:49	004/004	OK
202	03.10	01:53	Send	0041313249073	00:00	000/004	Keine Ant
202	03.10	01:59	Send	03034359727	00:00	000/004	Keine Ant
202	03.10	02:01	Send	030226677288	01:12	004/004	OK

[illegible]

PAGE. 005/005
03.10.2019 15:28

Fax :

Empf.-Nr.	Dat.	Zeit	Typ	ID	Dauer	Seite	Ergeb.
203	03.10	14:02	Send	03052649513	00:00	000/004	Keine Ant
203	03.10	14:07	Send	00327727088	00:00	000/004	Besetzt
203	03.10	14:08	Send	03031998617	01:13	004/004	OK
203	03.10	14:15	Send	08969379527	01:49	004/004	OK
203	03.10	14:22	Send	03020641077	01:01	000/004	Fehl. 220
203	03.10	14:28	Send	03020641077	03:09	000/004	Fehl. b52
203	03.10	14:33	Send	0308732551	02:59	004/004	OK
203	03.10	14:40	Send	03022313155	00:00	000/004	Keine Ant
203	03.10	14:45	Send	03022313212	00:00	000/004	Keine Ant
203	03.10	14:47	Send	030590063600	01:24	004/004	OK
203	03.10	14:49	Send	030209165959	01:18	004/004	OK
203	03.10	14:51	Send	03021239399	01:17	004/004	OK
203	03.10	14:59	Send	0033227326885	00:00	000/004	Keine Ant
203	03.10	15:01	Send	03020629419	01:55	004/004	OK
203	03.10	15:04	Send	003226750336	01:11	004/004	OK
203	03.10	15:11	Send	04048062422	00:00	000/004	Keine Ant
203	03.10	15:13	Send	003226442057	01:21	004/004	OK
203	03.10	15:20	Send	061517808483	00:00	000/004	Keine Ant
203	03.10	15:23	Send	003227348815	01:11	004/004	OK
203	03.10	15:25	Send	03088925179	03:02	004/004	OK

[illegible]

03.10.2019 15:28

Fax :

Empf.-Nr.	Dat.	Zeit	Typ	ID	Dauer	Seite	Ergeb.
203	03.10	12:39	Send	030516510719	01:57	004/004	OK
203	03.10	12:42	Send	03039876503	02:13	004/004	OK
203	03.10	12:45	Send	03020615720	05:33	004/004	OK
203	03.10	12:51	Send	03025409555	01:24	004/004	OK
203	03.10	12:54	Send	03034359906	01:18	004/004	OK
203	03.10	12:56	Send	03020621114	01:11	004/004	OK
203	03.10	13:02	Send	03022487891	00:00	000/004	Besetzt
203	03.10	13:07	Send	03020956441	00:00	000/004	Keine Ant
203	03.10	13:13	Send	03080589662	00:00	000/004	Keine Ant
203	03.10	13:15	Send	03021230164	01:56	004/004	OK
203	03.10	13:23	Send	030505055	00:00	000/004	Keine Ant
203	03.10	13:25	Send	03081005199	02:01	004/004	OK
203	03.10	13:28	Send	0302290569	02:13	004/004	OK
203	03.10	13:34	Send	0302290567	02:31	004/004	OK
203	03.10	13:36	Send	030609809719	01:59	004/004	OK
203	03.10	13:39	Send	03021244210	01:11	004/004	OK
203	03.10	13:44	Send	04076904048	00:00	000/004	Besetzt
203	03.10	13:50	Send	0068076736802443	00:00	000/004	Keine Ant
203	03.10	13:52	Send	03020617710	01:49	004/004	OK
203	03.10	13:55	Send	03022605812	02:11	004/004	OK



03.10.2019 15:28

Fax :

Empf.-Nr.	Dat.	Zeit	Typ	ID	Dauer	Seite	Ergeb.
203	03.10	11:12	Send	03089068115	02:43	004/004	OK
203	03.10	11:15	Send	03026395727	01:16	004/004	OK
203	03.10	11:17	Send	03322231429	01:10	004/004	OK
203	03.10	11:20	Send	03084315430	03:16	004/004	OK
203	03.10	11:29	Send	03088574950	00:00	000/004	Keine Ant
203	03.10	11:31	Send	03022488040	01:48	004/004	OK
203	03.10	11:38	Send	00227326339	00:00	000/004	Keine Ant
203	03.10	11:45	Send	03031998848	00:00	000/004	Keine Ant
203	03.10	11:49	Send	03026391123	01:10	004/004	OK
203	03.10	11:52	Send	03020612420	03:08	004/004	OK
203	03.10	11:58	Send	0012129833202	00:00	000/004	Besetzt
203	03.10	12:00	Send	03020674750	01:48	004/004	OK
203	03.10	12:05	Send	03026558323	00:00	000/004	Besetzt
203	03.10	12:11	Send	03089541194	00:00	000/004	Keine Ant
203	03.10	12:13	Send	030269323700	01:13	004/004	OK
203	03.10	12:16	Send	03044652972	02:19	004/004	OK
203	03.10	12:19	Send	03026390344	01:47	004/004	OK
203	03.10	12:26	Send	03047480616	00:00	000/004	Keine Ant
203	03.10	12:33	Send	03047480626	00:00	000/004	Keine Ant
203	03.10	12:35	Send	030516510712	02:02	004/004	OK



03.10.2019 15:28

Fax :

[illegible]

PAGE. 001/006
03.10.2019 22:45

Fax :

Empf.-Nr.	208			
Empfangsdatum und -zeit	03.10.2019	13:15		
Starten /Fertigst.	03.10.2019	15:28	/03.10.2019	22:45
Ergeb.	Fehl.			

Ein Komm.-Fehler ist während der Faxtransaktion aufgetreten.
Beim Senden den Vorgang wiederholen und/oder anrufen, ob
Empfangsfaxgerät zum Faxempfang bereit ist.

Empf.-Nr.	Dat.	Zeit	Typ	ID	Dauer	Seite	Ergeb.
208	03.10	15:28	Send	03050506789	01:51	004/004	OK
208	03.10	15:34	Send	0303911030	00:00	000/004	Besetzt
208	03.10	15:35	Send	03085621921	02:05	004/004	OK
208	03.10	15:38	Send	0308252206	01:20	004/004	OK
208	03.10	15:43	Send	03227326022	00:00	000/004	Besetzt
208	03.10	15:47	Send	03088595680	00:00	000/004	Besetzt
208	03.10	15:48	Send	030772058529	01:20	004/004	OK
208	03.10	15:53	Send	03020455062	00:00	000/004	Besetzt
208	03.10	15:57	Send	03022634375	00:00	000/004	Besetzt
208	03.10	16:46	Send	03088926222	47:57	004/004	OK

[illegible]

03.10.2019 22:45

Fax :

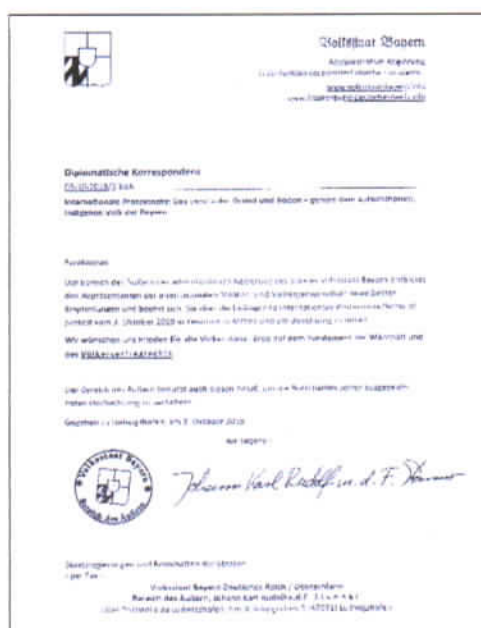
Empf.-Nr.	Dat.	Zeit	Typ	ID	Dauer	Seite	Ergeb.
208	03.10	16:48	Send	03020614570	02:25	004/004	OK
208	03.10	16:56	Send	03023630011	00:00	000/004	Keine Ant
208	03.10	16:59	Send	03025799557	01:11	004/004	OK
208	03.10	17:05	Send	030254007420	00:00	000/004	Keine Ant
208	03.10	17:08	Send	03080909757	01:10	004/004	OK
208	03.10	17:14	Send	04038998990	00:00	000/004	Keine Ant
208	03.10	17:17	Send	00442073701905	01:19	004/004	OK
208	03.10	17:19	Send	06172305314	02:12	004/004	OK
208	03.10	17:22	Send	03020457571	01:11	004/004	OK
208	03.10	17:29	Send	03022073190	03:52	002/004	Fehl. c52
208	03.10	17:32	Send	03089069823	01:50	004/004	OK
208	03.10	17:39	Send	030206445919	00:00	000/004	Keine Ant
208	03.10	17:41	Send	0031703617445	01:18	004/004	OK
208	03.10	17:44	Send	003223474623	01:13	004/004	OK
208	03.10	17:49	Send	03028096250	00:00	000/004	Besetzt
208	03.10	17:50	Send	03050177311	01:23	004/004	OK
208	03.10	17:53	Send	03034793029	01:34	004/004	OK
208	03.10	17:55	Send	03030308020	01:13	004/004	OK
208	03.10	18:02	Send	03079481251	00:00	000/004	Keine Ant
208	03.10	18:04	Send	03079481511	01:14	004/004	OK

[illegible]

PAGE. 003/006
03.10.2019 22:45

Fax :

Empf.-Nr.	Dat.	Zeit	Typ	ID	Dauer	Seite	Ergeb.
208	03.10	18:07	Send	06969868228	01:11	004/004	OK
208	03.10	18:09	Send	03049908967	01:56	004/004	OK
208	03.10	18:16	Send	00442077239074	01:28	000/004	Besetzt
208	03.10	18:17	Send	030301059920	02:03	004/004	OK
208	03.10	18:24	Send	02112006693	00:00	000/004	Keine Ant
208	03.10	18:30	Send	00442078231065	03:12	004/004	OK
208	03.10	18:32	Send	030319916220	01:57	004/004	OK
208	03.10	18:35	Send	03022638169	03:26	004/004	OK
208	03.10	18:40	Send	03030820683	02:12	004/004	OK
208	03.10	18:47	Send	03089680246	00:00	000/004	Keine Ant
208	03.10	18:52	Send	03027590915	02:27	004/004	OK
208	03.10	18:54	Send	03030102453	01:14	004/004	OK
208	03.10	19:00	Send	03024047557	05:25	004/004	OK
208	03.10	19:04	Send	03028887163	01:20	004/004	OK
208	03.10	19:11	Send	02228941861	00:00	000/004	Keine Ant
208	03.10	19:13	Send	0302291314	04:58	004/004	OK
208	03.10	19:24	Send	030263490170	00:00	000/004	Keine Ant
208	03.10	19:26	Send	03039409862	01:22	004/004	OK
208	03.10	19:29	Send	03083224020	02:28	004/004	OK
208	03.10	19:32	Send	03051651900	01:13	004/004	OK



PAGE. 004/006
03.10.2019 22:45

Fax :

Empf.-Nr.	Dat.	Zeit	Typ	ID	Dauer	Seite	Ergeb.
208	03.10	19:34	Send	03020457573	01:11	004/004	OK
208	03.10	19:41	Send	02283392663	00:00	000/004	Keine Ant
208	03.10	19:47	Send	06975352277	00:00	000/004	Keine Ant
208	03.10	19:49	Send	03053630200	01:12	004/004	OK
208	03.10	19:52	Send	0033155744025	01:25	004/004	OK
208	03.10	19:54	Send	03027591454	01:12	004/004	OK
208	03.10	19:57	Send	089649570315	02:18	004/004	OK
208	03.10	20:00	Send	0899828079	01:16	004/004	OK
208	03.10	20:07	Send	08929160768	00:00	000/004	Keine Ant
208	03.10	20:09	Send	089155006	02:16	004/004	OK
208	03.10	20:15	Send	089189446010	00:00	000/004	Besetzt
208	03.10	20:21	Send	08917094506	00:00	000/004	Keine Ant
208	03.10	20:28	Send	089597815	00:00	000/004	Keine Ant
208	03.10	20:30	Send	08941941123	01:16	004/004	OK
208	03.10	20:32	Send	089409626	01:19	004/004	OK
208	03.10	20:35	Send	08921023970	01:57	004/004	OK
208	03.10	20:41	Send	089543486555	02:35	004/004	OK
208	03.10	20:44	Send	089477999	01:23	004/004	OK
208	03.10	20:48	Send	0894705710	02:41	004/004	OK
208	03.10	20:51	Send	08921995757	02:05	004/004	OK

[illegible]

Fax, Letzte Übertragung

PAGE. 005/006

03.10.2019 22:45

Name : Poststelle

Fax :

Empf.-Nr.	Dat.	Zeit	Typ	ID	Dauer	Seite	Ergeb.
208	03.10	20:59	Send	08992104951	00:00	000/004	Keine Ant
208	03.10	21:03	Send	0892608751	02:37	004/004	OK
208	03.10	21:06	Send	08954244758	02:03	004/004	OK
208	03.10	21:09	Send	08925549827	01:43	004/004	OK
208	03.10	21:12	Send	089206026730	01:13	004/004	OK
208	03.10	21:14	Send	0899810225	01:31	004/004	OK
208	03.10	21:21	Send	089139288819	00:00	000/004	Keine Ant
208	03.10	21:23	Send	089471318	12:13	004/004	OK
208	03.10	21:37	Send	089553348	02:28	004/004	OK
208	03.10	21:40	Send	0895503828	02:55	004/004	OK
208	03.10	21:44	Send	08928057961	01:08	004/004	OK
208	03.10	21:46	Send	089981319	01:49	004/004	OK
208	03.10	21:54	Send	08992334954	00:00	000/004	Keine Ant
208	03.10	22:00	Send	0895439483	03:00	000/004	Fehl. 1
208	03.10	22:02	Send	0899810206	01:51	004/004	OK
208	03.10	22:10	Send	08923116363	00:00	000/004	Keine Ant
208	03.10	22:12	Send	08913071381	01:45	004/004	OK
208	03.10	22:15	Send	08951267979	02:59	004/004	OK
208	03.10	22:19	Send	0899503688	01:52	004/004	OK
208	03.10	22:22	Send	0895502518	02:57	004/004	OK



Hochschule Bochum
 Universität der Region
 www.hochschule-bochum.de

Diplomatische Korrespondenz
CHANCE für
 internationale Prozesse: Das Land in der Welt und die Welt in der Region
 (ausgegeben von der Hochschule Bochum)

Kurzeinführung
 Das Seminar der Fachrichtung Internationale Politik und Verwaltung der Hochschule Bochum ist ein Angebot für Studierende der Fachrichtungen Politik und Verwaltung der Hochschule Bochum. Es ist ein Angebot für Studierende der Fachrichtungen Politik und Verwaltung der Hochschule Bochum. Es ist ein Angebot für Studierende der Fachrichtungen Politik und Verwaltung der Hochschule Bochum.

Der Bereich des Fachbereichs Internationale Politik und Verwaltung der Hochschule Bochum ist ein Angebot für Studierende der Fachrichtungen Politik und Verwaltung der Hochschule Bochum. Es ist ein Angebot für Studierende der Fachrichtungen Politik und Verwaltung der Hochschule Bochum.

Bochum, 03.10.2019

Prof. Dr. Karl-Heinz H. H. H.



Hochschule Bochum
 Universität der Region
 www.hochschule-bochum.de

PAGE. 006/006
03.10.2019 22:45

Fax :

Empf.-Nr.	Dat.	Zeit	Typ	ID	Dauer	Seite	Ergeb.
208	03.10	22:26	Send	0891785660	01:13	004/004	OK
208	03.10	22:28	Send	08955273755	01:43	004/004	OK
208	03.10	22:31	Send	089962280241	02:25	004/004	OK
208	03.10	22:39	Send	08947077020	00:00	000/004	Keine Ant
208	03.10	22:41	Send	08921109144	03:26	004/004	OK

